

Anti-WEF-Demonstration vom 19. Januar 2008

*Diskussion zum aktuellen Ereignis in der Sitzung des Berner Stadtrats vom 24.1.08
Intervention der PdA Bern – zu einer verhinderten Diskussion*

Da haben sich die politisch und polizeilich Verantwortlichen gleich zum Auftakt des schönen, frischen EURO 08-Jahres etwas Spezielles einfallen lassen: Grossmanöver – garniert mit radikaler Nulltoleranz-Rhetorik. Wer sehen und hören kann und will, weiss jetzt, wie es in diesem Jahr um die Grundrechte bestellt sein könnte.

An politische Verwirrspiele des Gemeinderats haben wir uns mittlerweile zwar fast schon gewöhnt. Haben diese jedoch bisher eher zu Kopfschütteln oder gar Amusement geführt angesichts dieses panikartigen Ausdrucks von politischem Opportunismus, sind rund um die Anti-WEF-Demonstration höchst sensible rechtsstaatliche Bereiche tangiert worden: Die politisch Verantwortlichen haben ihre Entscheidung über die Möglichkeit zur Ausübung eines demokratischen Grundrechts in Abhängigkeit vom Staatschutz gefällt. Der Schnüffel- und Fichen-Staat hat sich offensichtlich rundumerneuert – und wie stolz ist er darauf!

Ein Musterbeispiel für inlandsheimdienstliche Raffinesse stellt die Verhaftung jener Person dar, welche die Demonstrationsbewilligung eingeholt hatte. Aber wir könnten es alle wissen: Hier ging es nicht um Prävention, hier ging es um Provokation – hier ging es darum, eine Demonstrationsleitung zu enthaupten. Kopflose Reaktionen waren das Kalkül: eine klare Form sich selbst erfüllender Prophezeiung war intendiert. Da haben die politisch und polizeilich Verantwortlichen in ihrer Verachtung für autonome Formen politischen Widerstands die Rechnung jedoch ohne die als Chaoten Diffamierten gemacht: Da zeigten Hunderte Köpfchen, Fantasie, Fitness. Die Strategie der Spannung von Seiten der politisch und polizeilich Verantwortlichen ging nicht auf. Für Sachschaden kam die Polizei dann selber auf.

Wir sehen das Problem klar: Da mussten sich hinter Distanzwaffen verschanzende Polizeikräfte nachsitzen und sich im Nahkampf weiterbilden lassen. Kein Wunder, dass da die erstbeste Gelegenheit genutzt wurde, um diese Version von Job-Enrichment in die Tat umzusetzen. Dass sich Journalisten, Bunthaarige und junge Frauen vorzüglich dazu eignen, um deutlich zu machen, wo Police Bern hockt, ist bei einer verschreckten und aufgehetzten Truppe nachvollziehbar. Dieser Eifer der Greiferkommandos lässt nichts Gutes erahnen.

Allerdings wäre schon ein dringendes Bedürfnis an Nachhilfeunterricht auszumachen – ist doch die gefährliche Mode, Gummischrotflinten auf die Kopfhöhe von Demonstrierenden auszurichten, immer noch verbreitet. Ist der Gemeinderat schon nicht bereit, den kleinen Finger zu rühren, um die gefährliche Distanzwaffe der Gummigeschosse aus dem Verkehr zu ziehen, könnte er sich zumindest dazu durchringen, darauf hin zu wirken, dass diese Waffe reglementsgemäss gehandhabt wird. So könnte künftighin auch auf das angebliche „Anpöbeln“ schlecht instruierter und überforderter Polizisten verzichtet werden.

Wer im Zusammenhang mit dem Polizeieinsatz vom vergangenen Samstag von „Verhältnismässigkeit“ spricht, will nichts gesehen und gehört haben – oder er verfügt über sehr spezielle Massstäbe. Es geht hier nicht um Superlativen, um die reine Quantität: von Polizisten und Verhafteten. Hier stellt sich die Frage der Qualität
Der Hang zur Ganzheitlichkeit der Repression ist auffällig: Neben der freundeidgenössischen polizeilichen Solidarität kamen die Geheimdienste zum Zug; neben der erneuten logistischen Unterstützung durch die Armee konnte neu der Einbezug von Bern Mobil festgestellt werden: zwecks Verfrachtung der Verhafteten – wahrlich ein Musterbeispiel humanitärer Intervention.

Wir haben begriffen, wohin die Reise unter Leitung der politisch und polizeilich Verantwortlichen gehen soll: Ganzheitliche Säuberung der Stadt von allen, die nicht in den kommerziellen und ideologischen Kram passen. Nulltoleranz heisst das Label. Nulltoleranz ist ein Kampfbegriff. Und wer diese Politik trägt, wird sich an diesem gefährlichen Spiel mit dem „Ausnahmestand“ (Zitat .ch vom 22.1.08) messen lassen müssen. Und wer diese Politik mitträgt, unterstützt, toleriert – soll wenigstens den Mumm haben, dazu zu stehen: Machen Sie endlich Schluss mit dem Gejammer, so hätten Sie es ja eigentlich gar nicht gemeint und seien damit eigentlich auch gar nicht und für gar nichts verantwortlich. Wenn es um Grundrechte geht, hört der Spass auf. Wenn es um Grundrechte geht, gilt es, sich zu entscheiden.

Wenn es um die restlose Aufklärung der „Unregelmässigkeiten“ vom vergangenen Samstag geht, ergibt sich diese Möglichkeit: Farbe zu bekennen. Und dieses Jahr wird uns noch weitere Gelegenheiten bieten: zu zeigen, wie wir es mit den Grundrechten halten. Ein bisschen Knigge wird nicht genügen.

Bern, 24.1.08 / Rolf Zbinden / PdA Bern